

Für den politischen Theil:
J. Steinbach, i. B.,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Steinbach,
für den übrigen redakt. Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Inseratenthail:
G. Kriesen in Posen.

Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
ferner bei Hrn. Dr. Schick, Hofstet.,
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,
Olo. Kichlisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in Gnesen bei J. Chaykowski,
in Meseritz bei J. Kattias,
in Posen bei J. Jabsch
u. b. d. Inserat-Annahmestellen
von G. L. Paube & Co.,
Saalestraße 1, Pöglitz, Rudolf Hofe
und „Javalidenauk.“

Nr. 637

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochenttäglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 12. September.

Inserate, die schlagspaltene Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1890

Politische Uebersicht.

Posen, 12. September.

Das Bestätigungsrecht bei kommunalen Wahlen, so schreibt die „Post“, ist in gewissem Umfange notwendiges Sicherungsmittel gegen Mißbrauch des Wahlrechtes, seine richtige Ausübung ist aber sehr schwierig und kann nur zu leicht zu einem zweischneidigen Schwert werden. Kann durch eine sachgemäße Verfassung der Bestätigung die betreffende Gemeinde und das daran sich knüpfende staatliche Interesse vor Schädigung gewahrt werden, so richtet andererseits ein Mißgriff in der Handhabung weit über den Bereich der unmittelbaren Betroffenen hinaus Schaden an. Wenn eine sachlich engherzige und mit bureaukratischer Steifheit geübte Handhabung der Staatsaufsicht gegenüber der Selbstverwaltung nur zu leicht die Quelle weitgehender Unzufriedenheit wird, so trifft dies insbesondere bezüglich der Ausübung des Bestätigungsrechts zu. Auf diesem Gebiete kommt vornehmlich die Berücksichtigung politischer Momente in Betracht. Diese Seite der Sache erheischt namentlich in einer Zeit wie der unserigen, bei der es gilt, nach den Worten des Kaisers bei den schleswig-holsteinischen Provinzialfesten alle Kräfte des Volkes zur Ueberwindung der sozialdemokratischen Gefahr zu sammeln, ganz besondere Umsicht und Vorsicht. Gerade die kommunale Selbstverwaltung bildet ein neutrales Gebiet, auf welchem die verschiedenen politischen Richtungen sich einigen zu gemeinsamen erspriechlichen Wirken im Dienste des Gemeinwohls. Es ist klar, daß, je lebendiger dieses Zusammenwirken ist, umso mehr die politischen Gegensätze zurücktreten und an Schärfe verlieren werden. Die kommunale Selbstverwaltung bildet daher eines der wichtigsten Mittel zur Vereinigung und Sammlung der sonst durch politische Gegensätze getrennten und gesonderten Kräfte. Mehr denn je kommt es daher jetzt darauf an, uns in der Selbstverwaltung ein solches Gebiet der Vereinigung und Sammlung zu erhalten. Dieser Gesichtspunkt wird auch für die Handhabung des staatlichen Bestätigungsrechts entscheidend sein müssen. Mehr denn je wird man sich davor hüten müssen, durch die Handhabung desselben den politischen Parteigeist in die Selbstverwaltung zu tragen. Umgekehrt aber wird, wenn eine Wahl vom politischen Parteigeiste getragen oder denselben in die Selbstverwaltung zu tragen geeignet ist, prophylaktisch mittels des Bestätigungsrechtes gewirkt werden müssen. Dies gilt insbesondere Personen gegenüber, von denen nach pflichtmäßigem Urtheil die Ueberzeugung gewonnen ist, daß sie nicht Willens oder auch im Stande sind, bei der Wahrnehmung ihres Kommunalamtes von politischen Parteirücksichten abzugehen, oder wenn, wie dies von deutschfreisinniger Seite bezüglich der Großstädte geplant wurde, Bestrebungen sich geltend machen, die Kommunalverwaltung zum Stützpunkt für die Förderung politischer Partei- und Wahlumtriebe zu machen. In Fällen dieser Art ist die Verfassung der Bestätigung die Pflicht einer Staatsregierung, welche sich ihrer Aufgabe auf dem Gebiete des Gemeinwohls bewußt ist. Dem entsprechend ist, wie es scheint, die Bestätigung der Wiederwahl Herrn von Jordanbecks für Berlin zwar noch nicht formell erfolgt, aber außer Zweifel. Man darf vertrauen, daß bei den mehrfach demnächst in Aussicht stehenden Wahlen von Bürgermeistern großer Städte, Danzig, Frankfurt a. M., Posen u., in dem gleichen Sinne seitens der Regierung gehandelt werden wird. Um so mehr aber wird auch von den Wahlkollegien erwartet werden dürfen, daß sie sich von politischen Parteirücksichten fern halten und sich allein von dem Gesichtspunkte des Wohles der Stadt leiten lassen werden.

Die „N. Pr. Ztg.“ bestätigt, daß Major von Wißmann sich am 22. September dem Auswärtigen Amte wieder zur Verfügung zu stellen gedenkt. Allerdings seien nach seiner Ankunft hier verschiedene Erscheinungen zu Tage getreten, welche seine Rückkehr nach Ostafrika zweifelhaft machten, und es sei bekannt, daß vor zwei Monaten von ihm nahestehender Seite berichtet wurde, der Reichskommissar verzichte nicht nur auf die Rückkehr nach Ostafrika, sondern überhaupt auf seine Stellung im Dienste des Auswärtigen Amtes. Doch sei jetzt eine volle Beruhigung eingetreten und Major v. Wißmann trete in formeller Weise und zu dem genau bestimmten Zeitpunkt wieder in sein Verhältniß zum Auswärtigen Amte; auch sei nicht daran zu zweifeln, daß er sein früheres Amt in Ostafrika, vielleicht mit der Aenderung seines bisherigen Titels in den eines Gouverneurs, wieder antritt, wenn auch die bezüglichen Unterhandlungen mit der zuständigen Behörde noch nicht abgeschlossen seien. Sobald erst Herr v. Wißmann die Angelegenheiten persönlich betreiben könne, werde ein befriedigender Abschluß nicht lange auf sich warten lassen. Es heißt dann weiter:

Die Anwesenheit des Majors v. Wißmann in Ostafrika ist aus mehreren Gründen notwendig. Zunächst darf man nach den viel längeren Erfahrungen anderer Kolonialstaaten nicht annehmen, daß mit der Niederwerfung des Küstenaufstandes für alle Zeiten Unruhen und Auflehnungen einzelner Stämme beseitigt wären. Auf dem umfangreichen Gebiete werden sich noch oft solche zeigen, und es ist notwendig, noch längere Zeit mit einer geordneten Macht dort zu erscheinen. Dann hat sich Major v. Wißmann als ein tüchtiger Organisator erwiesen auch über die militärische Seite hinaus; seine Thätigkeit umfaßte alle Seiten einer solchen in ihren Anfängen befindlichen Kolonialverwaltung. Endlich hat der Reichskommissar noch verschiedene Pläne in Bezug auf das Hinterland, welche er kurz in seinen durch die Weißbüchler bekannten Berichten dargelegt hat. Vor Allem hat er die „westliche Küste“, wie er sie nennt, d. h. die drei großen Seen Viktoria, Tanganika und Nyassa, im Auge, und diesen Plänen kann die Reichsverwaltung um so weniger ablehnend gegenüberstehen, als dieselbe, abgesehen von anderen näheren Gründen, auch durch die Bechlüsse der Brüsseler Konferenz gebunden ist. Major v. Wißmann möchte auf jeden dieser drei Seen je einen deutschen Dampfer bringen.

Die Auswanderung deutscher Kolonisten aus Südrussland hat einen gewaltigen Umfang angenommen. Dem in Konstantinopel erscheinenden „Levant Herald“ wird hierüber aus Odessa geschrieben: „Im Laufe der ersten sieben Monate dieses Jahres mögen über Odessa und andere russische Hafenplätze an dem Schwarzen Meere 12 000 bis 15 000 Deutsche aus Südrussland ausgewandert sein; hiervon wandte sich etwa ein Drittel nach Rumänien und der Dobrudscha, vielleicht 3000 nach dem nördlichen Kleinasien, während die übrigen zumeist nach Südamerika oder nach dem Kaplande gingen. Alle diese Leute haben ihre Ländereien in Rußland zu einem sehr niedrigen Preise verkauft, ihren Hausrath aber durchweg zu Spottpreisen losgeschlagen; dennoch waren sie froh, Rußland verlassen zu können. Jetzt aber ist hierin eine Aenderung eingetreten; die russischen Hafenbehörden lassen keinen Auswanderer mehr heraus, der nicht einen vom Gouverneur ausgestellten Auswanderungsschein vorweisen kann. Diesen Schein aber haben nur die wenigsten, so daß in den letzten Wochen Hunderte von Bauernfamilien wieder nach ihren vormaligen Wohnorten zurückziehen mußten. Viele aber warten Wochen lang in den Hafenstädten, in der Hoffnung, noch nachträglich den Erlaubnißschein zu erhalten, wobei sie einen Theil ihrer Zehrpennige oder auch alles verbrauchen. Manche von ihnen haben ihre Anverwandten bereits drüben in der Dobrudscha, wo auch schon zu ihrer Aufnahme alles vorbereitet ist, aber sie dürfen nicht aus Rußland heraus, obgleich ihnen doch vorher an ihren Wohnplätzen von den russischen Behörden das Leben schwer genug gemacht worden war. — Da ist nun vor einigen Tagen die Anweisung aus Petersburg gekommen, daß den Auswanderern, die nicht in ihre Gegend zurück wollten, erlaubt werden solle, nach den transkaspischen Gebieten und nach Turkestan zu gehen, wohin ihnen auf russischen Dampfern und auf der Kaufasus- und der transkaspischen Bahn sehr geringe Fahrpreise berechnet werden sollten. Von dieser Vergünstigung machten auch bereits 400 deutsche Kolonistenfamilien mit etwa 1300 Köpfen Gebrauch, die für die ganze Fahrt bis Samarland kaum sechs Rubel auf die Person zu bezahlen brauchten, vorausgesetzt, daß man ihnen später nicht mehr Geld abnimmt. Nach der amtlichen Bekanntmachung aber soll die Fahrt nicht mehr kosten; wie z. B. für die ganze Strecke der transkaspischen Bahn von Dzun-Abda bis Samarland für den Erwachsenen nur 32 Kopeken gerechnet werden, während Kinder ganz frei sind. (Diese Strecke ist fast so lang, wie der Weg von Berlin nach Paris!) Man glaubt deshalb, daß ein großer Theil der in den südlichen Gouvernements wohnenden deutschen Kolonisten, die hier vielfache Beschränkungen zu erleiden haben, auf diesem billigen Wege nach Turkestan gehen werden, wo sie weniger Belästigungen in religiöser und politischer Hinsicht erfahren dürften.“

Endlich läßt sich auch General Boulanger über die Enthüllungen des „Figaro“ vernehmen. Er hat nämlich an einen Paul Méay folgendes Schreiben gerichtet:

Lieber Freund! Ich schäme mich glücklich, daß unsere beiderseitigen Ansichten in Betreff der ehemaligen Mitglieder des Komites und deren gegenwärtiger Haltung mir gegenüber vollkommen übereinstimmen. Ihr Zweck ist, mir das Vertrauen der Republikaner durch unwahre Erzählungen zu rauben. Sie, die früher nicht genug Speichel hatten, um mir die Schuhe lecken zu können, scheuen sich jetzt nicht, die eifrigste Gleichheit der Welt, welche ich mit Recht politischen Schmutz genannt habe, zu verbreiten. Aber was! Sie brauchen Geld, und die Orleansisten sind dazu da, um es ihnen zu geben, und dann müssen sie wohl auch vor den Augen der Herren Opportunisten Gnade finden. Glücklicherweise täuschen sie sich in ihren Berechnungen; aber ihre Künste werden mir nichts anhaben können. Geben Sie nur Acht; die, die sich am eifrigsten bei dieser eifrigen Verschönerung verhalten, werden schon selbst die Nothwendigkeit einsehen, das, was wahr ist, zu gestehen, da sie fürchten müssen, in diesen Noth zu hinabgezerrt zu werden.

Gleichzeitig mit diesem Schreiben veröffentlichen die

Pariser Journale auch noch zwei Berichte über Interviews welche verschiedene Korrespondenten mit dem Grafen von Paris und mit Arthur Meyer vom „Gaulois“ gehabt hatten. Den Präsidenten hat der Korrespondent des „New-York Herald“ in Schottland auf der Auerhahnjagd gesprochen. Der Graf hat erklärt, daß von den Veröffentlichungen Mermeiz Vieles wahr sei. Arthur Meyer vom „Gaulois“ hat dem Korrespondenten des „Figaro“ gegenüber den Operationsplan der Royalisten enthüllt. Diese hofften mit Boulangers Unterstützung eine Zweidrittel-Majorität zu erlangen, worauf man einen Ministerwechsel provoziert und durch Bezeugung aller oberen Militär- und Beamtenstellen mit Royalisten Frankreich monarchisirt hätte. Der Kongreß oder der „Appel au peuple“ hätten dann das Uebrige gethan. Diese Mittheilungen gewinnen insofern eine gewisse Bedeutung, als Arthur Meyer dem Berichterstatter des „Figaro“ einen Brief der Duchesse d'Uzès vorwies, worin der Direktor des „Gaulois“ aufgefordert wird, die ganze Wahrheit zu enthüllen. „Antworten Sie kühn“, schreibt die Millionen-Spenderin, „daß wir niemals einen anderen Zweck im Auge gehabt haben, als die Wiederaufrichtung des Vaterlandes, wozu die liberale Monarchie das einzige Mittel ist. Jene, welche dies heute nicht eingestehen wollen, sind davon ebenso überzeugt als wir, denn Frankreich bleibt monarchisch trotz aller möglichen Rabalen.“ Die gute Herzogin ist also trotz des Verlustes von dreieinhalb Millionen von ihrem aktiven Royalismus noch nicht geheilt.

In Southampton dauert der Ausstand der Dockarbeiter fort und nur die Gegenwart der herbeigerufenen Truppen vermag die Ausständischen einigermaßen in Zaum zu halten. Am Mittwoch befand sich die ganze Stadt wieder in größter Erregung, weshalb mehr Truppen herangezogen wurden; es kam jedoch zu keinen blutigen Zusammenstößen zwischen den Ausständigen und der bewaffneten Macht, auch wurden nur wenige Ausschreitungen verübt. Selbst ein großer Umzug der Ausständigen auf einem von den Behörden vorgeschriebenen Wege verlief ohne Ruhestörung. Erst gegen Abend wurde die Gährung größer. Die Ausständigen rotheten sich auf verschiedenen Punkten zusammen. Anfänglich herrschte gute Stimmung vor, aber später war das Militär genöthigt, eine Hauptstraße in der Nachbarschaft der Docks mit aufgestellten Bajonetten im Geschwindschritt zu säubern. Am Mittwoch herrschte vollkommene Ruhe, die Truppen hielten jedoch die Zugänge zu den Docks und den Hauptstraßen die ganze Nacht hindurch besetzt. Während des Tages versuchten die Ausständigen in Booten, ankommende Schiffe anzuhalten, um deren Mannschaften zu veranlassen, sich dem Ausstande anzuschließen. Diesem Vorhaben wurde durch Marinepatrouillen und die Ankunft zweier Kanonenboote auf der Rheide von Southampton rasch ein Ende gesetzt. Die Arbeitgeber erließen eine Kundmachung, worin sie die Ausständigen auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, sich aber weigern, bloß Unionisten zu beschäftigen. Die Führer der Ausständigen bestehen indeß auf der Ausschließung der Nichtunionisten. Alle Sühneveruche Seitens der Handelskammer und anderer Körperschaften sind bisher erfolglos geblieben. Es verlautet, der Londoner Dockarbeiterverband billige die Gründe des Ausstandes in Southampton nicht. Inzwischen stockt der ganze Hafenverkehr. Die Royal Mail Steamship Company und die Union Mail Steamship Company schlossen ihre Werften, entließen das Arbeiterpersonal und wiesen ihre fälligen Dampfer an, in Plymouth zu landen.

Auf seiner Rückreise von den baskischen Provinzen nach Madrid hielt sich der Ministerpräsident Canovas del Castillo in Vittoria auf, wo er sich gelegentlich des Empfanges einiger städtischen Korporationen über die Arbeiterfrage aussprach. Er sagte, einer Madrider Korrespondenz der „Germania“ zufolge, er habe die neuere Entwicklung der Arbeiterfrage im Auslande während der letzten Zeit mit großem Interesse verfolgt und sei zur Ueberzeugung gekommen, daß auch in Spanien die sozial-reformatorischen Fragen nicht länger von der Tagesordnung der legislatorischen Arbeiten ferngehalten werden dürften. Ebenso wie er sich vorgenommen habe, der einheimischen Industrie und der Landwirtschaft jeden erforderlichen Schutz und jede mögliche staatliche Unterstützung zu verleihen, so werde er aber auch dafür Sorge tragen, daß der Arbeiter in seinen berechtigten Interessen geschützt werde. Bezüglich der Lohnfrage gebe es ein Minimum, unter welches die Einnahmen eines gesunden Arbeiters nicht heruntergehen dürften; die Frage der Kranken- und Invaliden-Unterstützung verlange ebenfalls eine schlanke Lösung, und im Interesse der Aufrechterhaltung der Familienbande müsse die Frage der Frauen- und Kinder-Arbeit bal-

digst vor die gesetzgebenden Körperschaften gebracht werden. Er hege deshalb auch keinerlei Befürchtungen wegen der Wahlvorbereitungen der Sozialisten; im Gegentheil glaube er, es sei ganz gut, wenn auch einige sozialistische Deputierte in den nächsten Cortes erscheinen würden. Gerade dann, wenn alle Klassen der Bevölkerung in dem Parlament vertreten seien, werde das bewilligte allgemeine Stimmrecht seinen Zweck erfüllt haben.

Deutschland.

□ **Berlin.** 11. Sept. Freiherr v. Berlepsch hat eine Deputation von rheinisch-westfälischen Großindustriellen empfangen, die Repressivmaßregeln gegen die Mc. Kinley-Bill bei ihm beantragten. Der Minister hat den Herren aber nicht in Aussicht stellen können, daß ihre Wünsche werden berücksichtigt werden. Es ist das begreiflich genug. Wir können keine Repressivmaßregeln anwenden, die nicht uns und unsere Konsumtion noch schärfer treffen als die der Amerikaner, die dadurch getroffen werden sollen. Die Wurzel des Übels ist leider, daß gerade die Mc. Kinley-Bill bereits einen Akt der Repression gegen die deutsche Zollpolitik darstellt. Ohne das Verbot der Schweineinfuhr aus Amerika würde jene Bill vielleicht nicht gekommen sein. Jedenfalls können wir den Amerikanern nichts Tröstliches entgegenwerfen, wenn sie uns mahnen, den ersten Schritt zu thun und ihr Schweinefleisch wieder zuzulassen. „Erst muß das amerikanische Schwein hinein, ehe ich aus Deutschland hinausgehe“, hat dieser Tage Mr. Phelps, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Berlin, gesagt, und er hat damit einen Gesichtspunkt festgestellt, der immerhin beachtet zu werden verdient. Die Möglichkeit wenigstens ist geboten, daß Schweineinfuhrverbot und Mc. Kinley-Bill sich einmal gegenseitig kompensieren. Wir sollten im Grunde ganz zufrieden sein, daß wir da ein Kompensationsobjekt in der Hand haben. Der Geist, aus dem heraus f. Zt. der große Wurm über das amerikanische Schweinefleisch verhängt wurde, ist ja zum Glück im Hinschwinden. Allerdings behauptet sich die deutsche agrarische Politik immer noch, aber sie thut es weniger aus angrißlustiger Energie als vielmehr infolge des natürlichen Gesetzes der Trägheit. Weil sie einmal da ist, so bleibt sie bestehen; neue Eroberungszüge wird diese agrarische Wirtschaftspolitik nicht mehr machen, und weder magt sich der Ruf nach weiteren Zollsteigerungen hervor, noch riskiert das Agrarierthum einen ernsthaften Einspruch gegen die Wiederzulassung der ungarischen Schweine. So ist vielleicht der Tag nicht fern, wo auch das Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches fällt und wir uns mit diesem „Opfer“ die Mc. Kinley-Bill vom Halse schaffen können. Die Erklärungen des Mr. Phelps zeigen jedenfalls, daß der Gesandte nicht ermüdet, in diesem Sinne in unsere Regierung zu dringen. — In sehr beherzigenswerthen Ausführungen kommt die „Krefeld. Ztg.“ auf ihre früheren Vorschläge zurück, wonach die Frage der Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch organische Verbesserungen im Schulwesen ihrer Lösung entgegengeführt werden soll. Die Anregung, die das Blatt in dieser Hinsicht vor zwei Monaten gegeben hat, ist nicht vergeblich gewesen. Nicht bloß die Presse hat von dem beachtenswerten Gedanken der „Kref. Ztg.“ gebührend Notiz genommen, sondern es ist uns auch bekannt, daß eine Reihe von militärischen Fachmännern sich in Zuschriften an die Redaktion mit ihren Anschauungen einverstanden erklärt hat. Die Beweisführung, die den erwähnten Reformvorschlägen zu Grunde liegt, hat etwas so zwingend Logisches, daß man nicht einmal den Versuch einer Widerlegung zu besorgen braucht. Wenn die größere Intelligenz und körperliche wie moralische Tüchtigkeit schon jetzt den Anspruch auf tatsächliche Verkürzung der Dienstzeit giebt, und wenn die Mannschaften, die diesen Bedingungen entsprechen, bereits nach zweijähriger Dienstzeit beurlaubt wer-

den, dann ist es unabweisbar, zu folgern, daß die Militärs gegen die zweijährige Dienstzeit nichts mehr einzuwenden haben werden, sofern ihnen Leute zugesandt werden, die durchweg die physische und intellektuelle Gelenkigkeit und Anpassungsfähigkeit haben, die die militärische Ausbildung so sehr erleichtern. Der ungenannte Verfasser der Reformvorschläge in der „Kref. Ztg.“ hält eine derartige Vorbildung durch die Schule für durchaus möglich, und er giebt gleichzeitig leitende Gesichtspunkte an, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen, von denen wir aber überzeugt sind, daß sie die Beachtung der Militärs, wie der Schulmänner in gleich hohem Grade verdienen. Von militärisch technischer Vorbereitung auf der Schule sieht der Verfasser selbstverständlich ab, und er will Schülerbataillone unter gleichen Soldatenpielerien ebenso wenig, wie die leitenden militärischen Kreise sie wünschen.

— Dem Kaiser wird der türkische Botschafter am Berliner Hofe, Tefik Pascha, welcher Ende dieser Woche von Konstantinopel nach Berlin zurückkehrt, ein längeres Handschreiben des Sultans überbringen. Wie der „Tarif“ mittheilt, spricht darin der Sultan dem Kaiser seinen Dank aus für die Glückwünsche zu dem Jahrestage seines Regierungsantrittes und seine hohe Genugthuung über das Zustandekommen des deutsch-türkischen Handelsvertrages. Desgleichen berichtet der Sultan in dem Schreiben über mehrere für seine Regierung besonders günstige Erfolge, welche in der Zeit nach dem Besuche Kaiser Wilhelms am Bosporus die ottomanische Regierung erzielt hat.

— Die Erleichterungen der Schweineinfuhr, die nach vielen Anstrengungen endlich bewilligt worden sind, scheinen nunmehr durch Maßnahmen von österreichischer Seite wirkungslos werden zu sollen. Der „Oberöf. Anz.“ berichtet: „Die in Galizien gekauften Schweine dürfen erst, nachdem dieselben fünf Tage in Quarantäne gestanden, über Szezakowa ausgeführt werden, da nur unter dieser Bedingung von der k. k. Statthalterei zu Lemberg die Ausfuhr-Genehmigung erteilt wird. Was also bisher von unserer Regierung bestimmt worden, daß nur Schweine aus der Kontumazanstalt Biala, die daselbst 5 Tage in Quarantäne gestanden, über die Grenze gebracht werden durften, daran hält jetzt die österreichische Regierung fest. Unter diesen Umständen haben unsere Händler gleich nach dem ersten Versuche aufgehört, Schwarzvieh in Galizien aufzukaufen, denn abgesehen davon, daß der Guldenkurs ein hoher und die Schweine theuer sind, so werden dieselben durch die fünf tägige Fütterung an der Grenze derartig vertheuert, daß das Pfund lebend Gewicht sich auf 55—60 Pfennige stellt.“

— Die klerikale „Donauztg.“ veröffentlicht eine Zuschrift aus dem bayerischen Walde über die Frage der Fleischvertheuerung, in welcher es heißt:

„Alle Welt zerbricht sich über die gegenwärtige Fleischvertheuerung den Kopf. Die k. Staatsregierung hat umfassendste Recherchen eingeleitet, um der Verlegenheit auf die Spur zu kommen. Und doch ist die Sache so einfach. Es ist doch eine unbestrittene Thatsache, daß die Grenzsperrung gegen Oesterreich mehr zu Gunsten der norddeutschen Rittterguts- und süddeutschen Großgrundbesitzer verfaßt wurde; es ist eine Thatsache, daß man dadurch die Reichen noch reicher, die Armen noch ärmer macht. Es ist eine Thatsache, daß gerade den bedrängten Landwirthen des bayerischen Waldes hierdurch am Mehesten geschah. Was der bayerische Wald an Mastvieh, wenn er nicht durch die Grenzsperrung gehindert wäre, liefern könnte, das vermag freilich nur Derjenige zu begreifen, der vor der Zeit der Grenzsperrung Gelegenheit hatte, die vielen und großen Viehtransporte aus dem bayerischen Walde zu beobachten. Bei uns im bayerischen Walde ist also das einzige richtige Mittel für Hinterrückung der Fleischvertheuerung immer wieder der Ruf: „Hinaus mit der Grenzsperrung.“ Oder wenn man das in gemäßigter Form will: „Gestattet den Landwirthen des bayerischen Waldes zollfreie Einfuhr von mageren und halbfetten Ochsen und Schweinen aus Oesterreich in geregelter Anzahl, und ganz Bayern wird keine Ursache haben, über Fleischmangel oder Theuerung zu klagen.“

Das Zentrum hat im Reichstag für die Viehzölle gestimmt und ist immer eifrig mit an der Arbeit gewesen, die

Interessen der „norddeutschen Rittterguts- und süddeutschen Großgrundbesitzer“ zu vertreten. Die Ausführungen des bayerischen Blattes beweisen wieder, daß die Interessen der Zentrumswähler und die der Zentrumsabgeordneten sehr verschieden sind.

— Die Handelskammer für die Kreise Mühlhausen i. Thür., Weimar und Heiligenstadt entwirft in ihrem Jahresberichte ein anschauliches Bild der ungesunden Verhältnisse in der Eisenindustrie. Sie schreibt in ihrer Schilderung des Geschäftsganges im Jahre 1889 wie folgt:

„War die Entwicklung des Geschäftes trotz des Kohlenarbeiter-Ausstandes bis gegen das Ende des Sommers (also in der eigentlichen Bedarfszeit) zweifellos gesund und stetig, so wurde leider gegen Ende des dritten und im vierten Quartal (das Sprichwort bewährend, der Appetit kommt beim Essen) eine Preistreibe bei in Scene gesetzt, welche, alle und jede weise Mäßigung bei Seite lassend, den Anfang vom Ende unabwendbar vorbereitete. Die bestehenden großen Verbände, insbesondere diejenigen der Stabeisen- und Blechwerke, sind von der Mithschuld an dieser befallenden Werthung der Dinge nicht freizusprechen. Sie, die den Beruf hatten, der wüthen Börsen-Spekulation mit den von Natur soliden Artikeln entgegenzutreten und zwar einfach dadurch, daß sie den Bedarf mit der Leistungsfähigkeit der Werke im Einklang erhielten, verkauften, angelockt durch die verführerischen Preise, doppelt so viel, als wie die betreffenden Werke in der vorgesehenen Abnahmefrist liefern konnten. Als notwendige Folge davon konnten die Werke die Einhaltung der bedungenen Spezifikationsfristen nicht verlangen und durchsetzen. Es blieben deshalb wider Recht und Ordnung viele billige Abschlüsse im Markte und die Verbandspreise nominell! Das solide Geschäft wurde aber durch diesen Verkauf der Dinge am empfindlichsten geschädigt, weil die Werke nicht nur ganz ungereimte Lieferungsfristen verlangten, sondern auch dafür noch jede Verbindlichkeit ablehnten, so daß in Wirklichkeit nach 4, 5, auch 6 Monaten seit Bestellung und darüber hinaus erst geliefert wurde, gegen sonst 2 bis höchstens 4 Wochen! ... Wird auch jeder Eisenhändler mit dem Gewinn des Jahres 1889 zufrieden sein können, so muß er sich doch sagen, daß das Sprichwort, wie gewonnen, so zerronnen, auch hier Anwendung finden wird.“

Das Treiben der Unternehmer in der Kohlenindustrie gelegentlich der großen Arbeiterstreikes des Vorjahres kennzeichnet die Handelskammer in treffender Weise wie folgt:

„Nicht etwa nur die durch den Kohlenarbeiter-Ausstand erlittenen Verluste und durch die Zubilligung theilweise sehr berechtigter Lohnerhöhungen entstandene Mehrbelastung der Kohlen- und Eisenerzeugung sollte durch den Aufschlag auf das Rohprodukt wieder hereingebracht werden, es wurde vielmehr Kapital geschlagen aus den Verlegenheiten, welche die eben überwundene Katastrophe zur Erkenntnis gebracht hatten, und vorausgenommen, was etwa noch nachkommen könnte. Was Wunder, daß sich die Kohlenarbeiter durch ihren geringen Antheil an der Beute unbefriedigt fühlten und die Beunruhigung der Kohlenindustrie kein Ende finden wollte.“

Diese Schilderung wird noch ergänzt durch einige für die Geschäftsmoral der Kohlenunternehmer charakteristische Züge aus dem Anfange des Jahres 1890. Die Kammer schreibt darüber:

„Im Januar d. J. wurde wie ganz Europa, so auch das westphälische Kohlenrevier, und zwar außergewöhnlich stark, von der Influenza-Epidemie heimgesucht. Ganze Belegschaften mußten feiern, und die Spekulation scheute sich nicht, auch diese Kalamität wieder für ihre Zwecke auszunutzen, um ihren letzten Trumpf auszuspielen, d. h. einen nochmaligen Aufschlag von pp. 10 Mark für den Waggon von 10 Tonnen durchzusetzen.“

— Das sozialdemokratische „Berliner Volksblatt“ erinnert an das Manifest des im September 1877 in Gent abgehaltenen allgemeinen Sozialistenkongresses, in welchem eine gegenseitige Unterstützung aller von den Kongreß-Delegirten vertretenen Organisationen verlangt wird, und präzisirt die agitatorische Aufgabe der Sozialdemokratie folgendermaßen:

„Die Eroberung der politischen Macht ist das Alpha und Omega, nach dem jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß. Und da eine solche Eroberung nicht das Werk eines Moments oder einer Ueberumpelung sein kann, sondern durch zähe, ausdauernde Arbeit und allseitige geschickte Benutzung der Umstände errungen sein will, so müssen auch alle Wege und Mittel, die zum Ziele führen könnten und einen Schritt ihm näher bringen, ergriffen und angewandt werden. Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Macht,

Rechtsunterricht.

Von Herbert Steinbach.

(Nachdruck verboten.)

Schon lange hat der bei den alten Römern in Geltung gewesene Rechtsgrundsatz „jura novit curia“ aufgehört, bei uns die Bedeutung zu haben, daß nur der Richter das geltende Gesetz zu kennen braucht und kennen muß. Die Entwicklung, welche der Verkehr der Menschen, Völker, Stämme, Familien und Individuen unter einander, zumal in diesem Jahrhundert, und ganz insbesondere in den letzten Decennien genommen, hat nicht nur auf den Inhalt der Gesetze selbst, sondern auch auf das Bedürfnis der Gesetzeskenntnis in kaum glaublicher Weise eingewirkt. Während in früheren Zeiten die Verfassung, das Studium und die Handhabung der Gesetze ein Privileg der berufsmäßigen Juristen war und das Gesetz selbst in Würdigung dieses Umstandes einerseits derartig verfaßt wurde, daß es nur den studierten Juristen verständlich war, andererseits aber auch weise Vorzüge dafür trug, daß das Publikum in allen Rechtsangelegenheiten von irgend welcher Bedeutung den Rath von berufsmäßigen Juristen einzuholen gezwungen war, was insbesondere durch strenge Formvorschriften erreicht wurde, so hat sich dieser Zustand in der Neuzeit wesentlich verändert.

Heutzutage sind nicht nur die Laien — worunter man alle Nichtberufsjuristen zu verstehen hat — direkt zur Gesetzgebung, als Mitglieder der früher unbekannten gesetzgebenden Körperschaften, wie Reichstag, Abgeordneten-, Herrenhaus, Staatsrath u. berufen, sondern sie nehmen auch unmittelbar an der Handhabung des Gesetzes, an der Ausübung richterlicher Funktionen als Geschworene, Schöffen, Handelsrichter, Mitglieder von Gewerbegerichten, Kreis- und Bezirksausschüssen u. dergl. Theil. Zu allen diesen Formen, in denen das

Laienlement sich in der Gesetzgebung und Rechtspflege betätigt, gehört aber nicht nur allein die Quintessenz alles Wissens und Könnens, „der gesunde Menschenverstand“, auch nicht bloß Kenntniss gewisser, gerade in Betracht kommender Verhältnisse, sondern vor Allem die wirkliche und wahre Kenntniss der bestehenden Gesetze selbst und damit in Verbindung die Fähigkeit, die bestehenden Gesetze den allgemeinen oder konkreten Verhältnissen anzupassen und auf sie anzuwenden.

Mehr noch aber als in der Gesetzgebung und in der Rechtspflege ist die Kenntniss der Gesetze im Verkehr der Menschen mit einander, sowie im Leben des Einzelmenschen selbst zum dringendsten Bedürfnis geworden. Die Schnelligkeit des Verkehrs, des Lebens Hast und Eile, welche alle Hindernisse mit Leichtigkeit nimmt, hat in neuerer und neuester Zeit schnell mit allem die Abwicklung der täglichen Geschäfte hindernden Ballast, insbesondere den ebenso zeitraubenden wie kostspieligen Formvorschriften aufgeräumt. So sind z. B. die Gesetzesbestimmungen, welche gewisse Verträge der Frauen von strengen gerichtlichen Formen abhängig machten, beseitigt und diejenigen Normen, welche alle Verträge über einen Gegenstand von mehr als 150 Mark Werth der Schriftform unterwarfen, zum Mindesten für das Gebiet des Handelsrechtes aufgehoben. Auch die in Geltung befindliche Grundbuchordnung hat die bei dem Grundstücksverkehr früher in Geltung gewesenen Formvorschriften wesentlich erleichtert und noch viel umfangreichere Erleichterungen, welche das gesammte Rechtsgebiet durchziehen, stehen bei der geplanten Umgestaltung des jetzt geltenden Rechts durch das bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich bevor. Je mehr aber die Kanteln dafür, daß die abgeschlossenen Geschäfte mit den gesetzlichen Vorschriften vereinbar und ihre Erfüllung erzwing-

bar ist, schwinden, um so dringender ist für Jedermann die Nothwendigkeit, sich auf eigene Füße zu stellen, die Gesetze selbstständig zu erforschen und seine Geschäfte und Handlungen mit ihnen in Einklang zu bringen. Mehr denn je ist die Gesetzeskenntnis heutzutage ein unabweisbares Bedürfnis geworden, wenn anders man Schaden von sich und den Seinen abwenden will.

Die oft ventilirte Frage, ob die Erweiterung der Gesetzeskenntnis der Allgemeinheit von Nutzen oder Schaden sein kann, muß gegenüber der Bedürfnisfrage schon ohne Weiteres nach der ersten Alternative hin beantwortet werden, zweifellos aber auch vom moralischen Gesichtspunkte. Wer wollte behaupten, daß Leute, welche die sittlichen Grundsätze nicht kennen und insbesondere die zehn Gebote niemals kennen gelernt haben, sittlicher sind, als diejenigen, welche mit Fleiß und Eifer sich dem Studium der religiösen und sittlichen Gebote hingeegeben haben? Diejenigen, welche die Kenntniss der Gesetze dazu ausbeuten, sich nur auf Schleichwege zu begeben, sind doch nur so vereinzelt, daß sie gegenüber der großen Menge derjenigen, welche durch die Gesetzeskenntnis von Irrwegen und Gefahren abgehalten werden, gar nicht in Betracht kommen können. Die Gesetzeskenntnis ist danach heutzutage nicht nur nothwendig, sondern im hohen Grade nützlich, nützlich für das Gedeihen der Welt, des Staates, der Gesellschaft, der Familie und des Einzelnen.

Die Frage, welche uns heute aber besonders beschäftigt, ist die: Genügen unsere zur Zeit bestehenden Institutionen, diesem Bedürfnisse nach Rechtskenntnis abzuheften? Die Antwort darauf ist ein bündiges „Nein“. Welches sind denn heutzutage die Quellen der Rechtsbelehrung für den Laien? Genau dieselben, wie ehemals. Das tägliche Leben und die tägliche Erfahrung. Weiter nichts; denn alles Uebrige kommt

die noch mit tausend und tausend Fasern im Boden wurzelt; sie ist gleich einer ungeheuren Festung, der unzählige Hilfsmittel zu ihrer Verteidigung zur Verfügung stehen, und eine Armee, die eine solche Festung im Sturm glaubt einnehmen zu können, würde man als lauter Unzurechnungsfähigen bestehend betrachten. So wenig eine Gesellschaft von heute auf morgen entstanden ist, so wenig läßt sie sich auch von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Aber die Pfaffen ihrer Auflösung und ihrer schließlichen Auflösung werden in demselben Maße beschleunigt und verkürzt, wie von allen Seiten ihre gänzliche Unzulänglichkeit, ihre Unhaltbarkeit und ihr Widerspruch mit den allgemeinen Kulturinteressen der Massen zur Erkenntnis und zum Bewußtsein gebracht werden. Diese Erkenntnis im großartigen Maßstab zu befördern, dieses Bewußtsein in der ganzen Arbeiterklasse zu erwecken, ist die große agitatorische und emanzipatorische Aufgabe, welche die Sozialdemokratie zu erfüllen hat.

— Ueber die Zustände im Apothekenwesen Deutschlands entnehmen wir der „Frankf. Ztg.“ folgende thatächlichen Angaben: Nach der Statistik des deutschen Reiches erhöhte sich in den letzten zehn Jahren der Zubruch zur Pharmazie um 60 Proz., zur Approbation um 50 Proz., während die Zahl der neuen Apotheken in derselben Zeit um nur 6 Proz. vermehrt wurde. Ueber 500 Apotheken werden jährlich approbiert; davon gelangen etwa 200 in den Besitz einer Apotheke, woraus leicht zu erklären ist, daß die Nachfrage nach Geschäften eine bedeutend stärkere ist als das Angebot. Man kauft um jeden Preis und meist zu theuer, so daß die Hypothekenzinsen den ganzen Verdienst verschlingen, ja oft letzteren übersteigen. Die nächste Folge ist, daß überall geklagt wird: es werden die billigen Baaren gekauft, Verbesserungen und Neuanordnungen vermieden, ganz besonders aber wird am Hilfspersonal gespart. Vielfach werden Assistenten durch Lehrlinge ersetzt, wie die Statistik des deutschen Reichsbüros für den Zeitraum von 1876–1887 beweist. Hiernach vermehrten sich Praktikanten (Lehrlinge) um 60 Proz., ungeprüfte Assistenten um 36 Proz., geprüfte Assistenten um 10 Proz., so daß im Jahre 1887 den 3716 Assistenten 2202 Lehrlinge gegenüber standen, ein Beweis, daß eine verhältnismäßig bedeutende Verschiebung der Arbeit auf die Lehrlinge stattfand, was für die Sicherheit der Arzneiabgabe keineswegs von Vortheil. Sicher ist ferner die Ursache der bedauerlicherweise in Apotheken vorgekommenen Verfehlen fast ausschließlich in Ueberarbeitung des Personals bei durchschnittlich 14– bis 15-stündiger Arbeitszeit und dadurch bedingter Erschlaffung des Nervensystems zu suchen. Soweit die schädliche Rückwirkung auf die allgemeine Volksgesundheitspflege. Für die Angehörigen des Apothekerstandes selbst sind die Zustände höchst mißliche. Ueber die Hälfte der pharmazeutisch Ausgebildeten verläßt den Beruf, weil sie ihr Auskommen darin nicht findet. Die im Fache thätigen Apotheker (Besitzer und Nichtbesitzer vermehrt) sich gemäß der Reichsstatistik in zehn Jahren um 4,3 pCt., in der Approbationszunahme 50 pCt. betrug. 6500 Apotheker überhaupt sind in den Apotheken Deutschlands beschäftigt und etwa 550 Apotheker erhalten jährlich das Diplom zur Ausübung ihres Berufs, so daß, wenn letztere alle ihrem Fache erhalten blieben, wir in der Pharmazie einen Generationswechsel bereits nach 11 Jahren hätten. Außer der schwachen Aussicht auf Erlangung der Selbstständigkeit veranlassen die durchschnittlich geringe, den Kosten der Ausbildung nicht entsprechende Bezahlung, sowie mangelhafte Wohnungsverhältnisse Viele zur Ergreifung eines anderen Berufes oder zur Auswanderung. Von nicht zu unterschätzender Wirkung sowohl auf die ganze Lage der Pharmazie, als besonders auf die Erhöhung der Apothekenverkaufspreise ist die ungenügende Ertheilung von Konzessionen. Laut amtlicher Statistik wurden seit 1876 bis 1. April 1887 264 Apotheken neu errichtet, was einer Zunahme von 6 pCt. entspricht; die Bevölkerungszunahme in derselben Zeit betrug 9,7 pCt. Während früher auf je 9676 Einwohner eine Apotheke entfiel, kommt jetzt eine erst auf 10012 Seelen. Bei Zugrundelegung des Bevölkerungszuwachses hätten 205 Apotheken mehr errichtet werden müssen. Anders aber gestaltet sich die Berechnung, wenn man die Steigerung des Warenumsatzes berücksichtigt, wie sie besonders die Einführung der Krankenkassen hervorgerufen. So stieg nach der eingehenden amtlichen Statistik für das Königreich Sachsen z. B. die Tagesrezeptur innerhalb der letzten drei Jahre in den einzelnen Apotheken um 19 bis 28 pCt.; die Umsatzangaben bei Verläufen und die Mehrung des Hilfspersonals mit 18,5 pCt. bestätigen Obiges vollaus. Den Arzneibedürfnissen entsprechend hätten demnach über 700 Apotheken (anstatt 264) neu errichtet werden können. Es wären dadurch zahlreiche alte Apotheker-Assistenten zur wohlverdienten Selbstständigkeit gelangt und die Apothekenwerte bedeutend reduziert worden.

— Dampfer oder Segler auf dem Viktoriassee, unter dieser Ueberschrift wendet sich Herr R. v. d. Heydt in der „Köln. Zeitung“ gegen die von Wismann im vorigen betriebene Beschaffung eines Dampfers auf dem Viktoriassee. Ein solches Schiff, so führt Herr v. d. Heydt aus, muß natürlich in Sektionen zerlegt auf Menschenrücken nach dem See befördert werden, vielleicht ist

es möglich, auch Eis oder Maultiere dazu zu verwenden. Jedenfalls ist der Transport ein ungemein kostspieliger und unsicherer (wie leicht kann ein unentbehrliches Stück verloren gehen!) und was das Schlimmste ist, die Größe des Dampfers ist durch diese Verhältnisse nach oben hin streng begrenzt. Man kann mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß die Ladefähigkeit desjenigen Schiffes, welches auf diese Weise zum See geschafft worden ist, 20 Tonnen nicht übersteigen wird. Das ist nun für das Frachtgeschäft ein sehr ungeeignetes und unrentables Größenverhältnis und unter keinen Umständen ist zu erwarten, daß ein 20 und selbst ein 50 Tonnen ladender Dampfer für die Verkehrsverhältnisse am See irgend welche Bedeutung gewinnen kann. Es schwimmen ja auch sowohl auf dem Nyassa, als auch auf dem Tanganyika (von Emin's Dampfern auf dem Albert Nyassa ganz abgesehen) solche kleinen meist den Missionen gehörigen Dampfer, ohne daß man bisher vernommen hätte, daß dieselben einen großen Einfluß auf den Frachtverkehr jener Gegenden gewonnen haben. Man wird vielmehr gut thun, diese Dampfer sich als zum größten Theil in Reparatur befindlich, wenn nicht gar als nicht mehr oder doch nicht an Ort und Stelle reparirbare Wracks vorzustellen. Als das den Verhältnissen angemessenste Verkehrsmittel für den Nyassa, so heißt es weiter, erscheint ein hölzernes Segelschiff mit Deck und womöglich nach Art der alten Galeeren mit Rudereinrichtung. Ein einfaches funktionsloses Schiffsgesäß von der Bauart und 200 Tonnen Laderaum, wie es an Ort und Stelle von ein paar Schiffszimmerleuten leicht zuwege gebracht werden kann, wenn sie nur die nöthigen einfachen Werkzeuge mithaben und geeignetes Holz antreffen. Diese Zimmerleute könnten, einmal an der Arbeit, gleich eine vollständig kleine Flotte solcher, jedem Sturme gewachener Schoner zurechtzimmern und damit wäre der See thatsächlich beherrscht. Während die Küstenfahrt von Uganda bis zum Südsüde des Sees 20 Tage erfordert, wird ein den See querender Segler die Reise gewöhnlich in 4 bis 5 Tagen machen können. Zeit ist am Viktoriassee noch nicht in solchem Maße Geld, daß die Vorzüge eines Dampfers vor einem Segelschiffe sich dort schon geltend machen könnten. Es kommt nicht darauf an, die Route Uganda-Spese-Golf möglichst schnell, sondern möglichst zuverlässig bedienen zu können und schließlich fördert ja ein 200 Tonnen-Segler eine gegebene größere Fracht, auch absolut schneller als ein 20 Tonnen-Dampfer, der die Reise im Vergleich zum Segler 10mal wiederholen muß, um denselben Effekt zu erzielen.

Vermischtes.

† Aus der Reichshauptstadt. Die Leichen der beiden Berliner Künstler Weimar und Raffas sind dicht bei „Sandwerber“, der Stelle des Wannsee, an welcher die Havel in denselben einmündet, gefunden worden. Da die bisherigen Nachforschungen resultatlos verlaufen waren, so hatten die nächsten Verwandten sowie ein großer Theil der Berliner Künstlerschaft 12 erfahrene Fischer, darunter mehrere Taucher, engagiert, welche die Stelle, an der das Boot gesunken war, eingehend untersuchen sollten und namentlich den Auftrag erhalten hatten, das gesunkene Boot umzudrehen und nachzusehen, ob die Leichen nicht unter demselben lagen. Die Untersuchung hatte leider keinen Erfolg, und schon wollte man die weiteren Nachforschungen einstellen, als plötzlich einer der Fischer mit seinem Rettungshaken die Leiche Paul Weimars erfaßte und an die Oberfläche zog. In seiner Brusttasche fand man ein Portefeuille mit ca. 1000 M. Bei weiterer Nachforschung fand man etwa 8 Minuten später auch die Leiche des Bildhauers Raffas. Beide Leichen wurden, nachdem man sie vom Schlamm gebäubert hatte, nach dem nahen Restaurant Beilischhofgeschafft, um dort bis zum Eintreffen der Untersuchungsbehörde aufgebahrt zu werden. — Von Bauernfängern in des Wortes vollster Bedeutung ausgenommen wurde ein biederer Landmann, den Geschäfte nach Berlin geführt hatten. In der neunten Abendstunde rief in der Dramenstraße, in der Nähe des gleichnamigen Platzes allgemeines Aufsehen ein Mann hervor, der hauptsächlich, barfüßig und ohne Rod jammernd die Straße auf und ab lief und deren Häuser zu durchmustern schien. Um den sonderbaren Herrn hatte bald ein Kranz von Menschen sich versammelt. Ein Schutzmann fand sich ebenfalls ein, und nun erfuhr man, was der eigenthümliche Aufzug zu bedeuten habe. Der Fremde erzählte, daß am Nachmittag in der Pferdebahn jemand mit ihm ein Gespräch angeknüpft habe, in dessen Verlauf der Unbekannte als „Landsmann“ sich zu erkennen gegeben hätte. Dadurch habe er noch mehr Vertrauen zu dem freundlichen Herrn gefaßt und hätte daher ohne Bedenken dessen Vorschlag angenommen, mit ihm in einem „anständigen“ Lokale ein Glas Bier zu trinken. Dann hätten sie gemeinsam den Pferdebahnhof verlassen und ein Restaurant aufgesucht. Was nun geschehen wäre, wisse er nicht mehr. Denn nicht nur sein „Landsmann“, sondern auch dessen im nämlichen Lokale „zufällig“ anwesenden Freunde hätten so wacker ihm zugetrunken, daß ihm ganz warm geworden und er gern der freundlichen Mahnung gefolgt wäre, seines Rodes und seiner Stiefel sich zu entledigen und es auf dem Sopha sich bequem zu

machen. Dort möge er wohl ein wenig eingenickt sein, denn wie er jetzt merke, fehle ihm sein mit 60 Mark gefüllter gewesener Geldbeutel und seine Taschenuhr. Auf die Frage, wie er denn auf die Straße gekommen sei, entgegnete der noch keineswegs ernüchterte Bauer, daß ihm der Rath gegeben worden, frische Luft zu schöpfen. Er habe gefühlt, daß ihm das nothwendig wäre, und so habe er sich auf die Straße führen lassen. Hier sei er eine Strecke Weges gegangen und plötzlich wäre sein Begleiter verschwunden gewesen. So irre er jetzt umher, um das Lokal wieder zu finden, aber er wisse nicht, welches es gewesen. So viel sich nun auch der Beamte bemühte, dem Gedächtniß des Betrogenen zu Hilfe zu kommen, so mußte dieser auch nicht im entferntesten eine bestimmte Angabe zu machen.

† Brand auf Westerland. Das Strandhotel ist vollständig abgebrannt. Das Feuer brach um 10 Uhr Abends aus und währte bis zum Morgen. Es ist Niemand verunglückt. Die Feuerwehr mußte ihre Thätigkeit auf den Schutz der Nebengebäude beschränken.

† Das Grundeigenthum des Zaren beträgt nach einer Zusammenstellung der „Pet. Wiedomosti“ ein und einhalbmal so viel als alle Eigenschaften aller englischen Lords zusammen genommen und es ist sogar größer als das Grundeigenthum aller Großgrundbesitzer Nord-Amerikas. Der Zar besitzt nämlich nicht weniger als 51 Millionen Hektar, eine Fläche, welche diejenige des deutschen Reiches bei weitem übersteigt.

Lokales.

Posen, den 12. September.

* Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Volksschule. Befußt Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens hat der Unterrichtsminister die Bestimmung getroffen, daß zum Oftertermin diejenigen Kinder aufgenommen werden sollen, die bis zum 1. Okt. desselben Jahres das sechste Lebensjahr zurücklegen; dagegen sollen zum Oftertermin alle diejenigen Kinder Aufnahme finden, die bis zum 1. April künftigen Jahres das sechste Lebensjahr vollenden, vorausgesetzt, daß sie die für den Schulunterricht erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen.

* Die Zuziehung von Zeugen bei Aufnahme notarieller Verhandlungen ist vom 1. Oktober ab laut Gesetz vom 15. Juli 1890 nicht mehr erforderlich. Diese Aenderung hat das Gute, daß infolge dessen die Kosten bei genannten Verhandlungen etwas verringert werden.

* Ueber die Benutzung der Schlafwagen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Bestimmung getroffen, daß vorausbestellte und bezahlte Schlafwagen-Plätze für den Besteller offen gehalten werden müssen, es sei denn, daß derselbe eine Mittheilung gemacht habe, daß er verhindert sei, den Platz zu benutzen. In dem letzteren Falle ist der bezahlte Preis aber nur dann zu erstatten, wenn der Platz thatsächlich anderweit hat besetzt werden können.

— u. Straßenraub. Am 10. d. M. Abends nach 11 Uhr ist ein Vereiter aus Gnesen vor dem Berliner Thore von mehreren ihm unbekannten Männern überfallen worden. Dieselben mißhandelten ihn und entwendeten dem völlig Wehrlosen gewaltiam eine grüne Börse mit 28 M. Inhalt und eine silberne Zylinderuhr mit Kette. Die Uhr trägt die Fabriknummer 5627.

— u. Verhaftung. Gestern Nachmittag ist ein Maurer von hier zur Haft gebracht worden, weil derselbe in der Dammstraße in Folge eines Streites mit einem hiesigen Töchter diesen mit einer Wasserpumpe so heftig über den Kopf geschlagen hat, daß er dadurch eine nicht unbedeutende Verletzung erlitten hat.

* Aus dem Polizeibericht. Verhaftet: ein Landstreicher. — Zwangsweise der Schule zugeführt: zwei Schulknaben, welche sich längere Zeit vagabondirend in der Stadt umhergetrieben haben. — Verloren ein Portemonnaie mit Inhalt auf dem Wege von der Wilhelmstraße nach der Ritterstraße, sowie ein silbernes Armband und ein goldener Siegelring mit rothem Stein von der Breslauerstraße nach dem Wilhelmplatz. — Gefunden: ein Portemonnaie mit Inhalt auf dem Wilhelmplatz.

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

≡ Neuzatun b. Birnbaum, 11. Sept. [Verunglückt.] Gestern Abend verunglückte hier selbst der 14-jährige Einwohnerohn Träger beim Feuerfahren. Der Eigentümer Adolf Hämmerling, bei dem der Vater des Verunglückten in Diensten stand, hatte den Knaben als Ochsentreiber benutzt und mußte dieser das Gefährt nebenhergehend lenken, während der v. Hämmerling oben auf dem beladenen Wagen saß. Der Wagen hielt, und auf die Frage des v. H., warum es nicht vorwärts gehe, erklärte der Kleine, er habe nur einen zerrissenen Riemen beim Geschirr wieder geknüpft. Der Fall

nicht in Betracht. Die Gesetze selbst sind noch immer so geschrieben, daß sie mit Mühe von den berufsmäßigen Juristen verstanden werden, die in den Zeitungen enthaltenen Aufträge über Rechts- und Gerichtsdinge sind meist stümperhaft und oft mehr geeignet, zu verwirren als zu belehren und die daraus entnommenen Nutzenwendungen falsch, einseitig oder hinkend. Nun ist zwar nicht zu verkennen, daß die Erfahrung des täglichen Lebens ein sehr bedeutender, vielleicht sogar der bedeutendste Schulmeister ist; aber einmal reichen sie nicht aus, das andere Mal kommen sie zu spät. Und wer möchte wohl behaupten, daß es möglich sei, eine genügende Kenntnis der Naturgeschichte lediglich aus dem Betrachten der Natur ohne Zuhilfenahme der durch Jahrhunderte geübtes Studium bedeutender Forscher gesammelten Lehrbücher zu erlangen? Um wie viel mehr trifft dies bei dem Rechtsstudium zu. Was uns fehlt und dennoch ein unabwiesbares Bedürfnis ist und immer mehr werden wird, ist ein regulärer Unterricht in der Rechtskenntnis. Dringender als Geschichts- und geographische Kenntnisse und das Studium aller möglichen und unmöglichen anderen Dinge, mit denen unsere Jugend beschwert wird, ist die Vorbereitung für dasjenige Leben, in welchem der heranwachsende Mensch sich zu entfalten und zu betheiligen hat, und hierzu gehört in ersterer Reihe die Kenntnis der Rechtsverhältnisse, in und mit denen er lebt und die ihn auf Schritt und Tritt umgeben.

Bis jetzt giebt es einen solchen Rechtsunterricht nicht, weder auf den Elementar- noch auf den höheren Schulen, den Gymnasien, Realgymnasien, Realschulen, ja nicht einmal auf den Gewerbeschulen. Einzig und allein die Universitäten beschäftigen sich mit demselben und während in allen übrigen Zweigen des Universitätsstudiums, so in der Gottesgelehrtheit, Medizin, Naturwissenschaft, Philosophie, Mathematik, Sprachen

u. s. w. der Student bei Beginn seiner Studien eine genügende Vorbildung besitzt, betritt der Jünger der Themis alles Wissens bar die zu dem Innern führende Schwelle. Es ist uns aber klar, daß dieser Zustand nicht mehr allzulange durchführbar sein wird und an unsere Pädagogie die Nothwendigkeit gar bald herantreten wird, sich mit der Frage des Hineinbeziehens des Rechtsunterrichts in den Schulunterricht eingehend zu beschäftigen. So lange es aber an einem solchen Unterrichte fehlt und der Staat nicht selbst für die Verbreitung der Kenntnisse seiner Gesetze Sorge trägt, müßte es Pflicht und Aufgabe unserer berufsmäßigen Juristen sein, das ihrige zu thun, dem schreienden Bedürfnisse nach Rechtsbelehrung abzuheilen. Dies kann nur auf dem Wege gemeinverständiger Vorträge und Schriften erreicht werden.

Was in dieser Beziehung bisher geschehen ist, reicht bei Weitem nicht aus. Zwar fehlt es nicht an dickleibigen gelehrten Abhandlungen über unser Rechtssystem, sowie an Schriften, welche für den Laien bestimmt sein sollen. Beide erfüllen aber unseren Zweck nicht, erstere nicht durch ihre allzugroße Gelehrsamkeit, welche sie nur den studierten Juristen verständlich machen, letztere nicht, weil sie zumeist nichts weiter als die bloße Wiedergabe des unverständlichen Gesehtextes selbst sind. Mit aufrichtiger Freude haben wir deshalb ein Buch begrüßt, welches soeben in dem Berliner Verlage von Hugo Steinig erschienen ist und das sich: „Rechte und Pflichten der Verlobten und Ehegatten“ betitelt.

Mit diesem Werke, welches den Rechtsanwalt beim Königl. Landgericht I zu Berlin Dr. Max Kohn zum Verfasser hat, scheint uns zum ersten Male der rechte Weg betreten zu sein. Der Verfasser, welcher in seiner Praxis die zweifellos richtige Beobachtung gemacht haben will, daß im Publikum eine bodenlose Unkenntnis selbst der allgemeinsten und unentbehr-

lichsten Rechtsgrundsätze herrscht, glaubt, daß es ein verdienstliches Werk sei, dieser Unkenntnis zu steuern und macht es sich zur Aufgabe, durch eine allgemein verständliche Darstellung unseres Rechtssystems die Kenntniss der Gesetze in weite Kreise zu tragen und das Interesse an denselben zu wecken. Wie sehr der Verfasser in dieser Ansicht und mit seinen Intentionen unserer Meinung begegnet, darf nach den vorstehenden Ausführungen wohl nicht erst besonders betont werden.

Das vorliegende Werk hat das Ehrecht zum Gegenstande. In knapper, präziser und doch wiederum in vollständig erschöpfender Weise entwickelt der Verfasser die zur Zeit in Geltung befindlichen ehelichen Normen, er zählt sie jedoch nicht bloß auf und recitirt sie nicht etwa, sondern sucht sie wie mathematische Behauptungen aus den dem Gesetze zu Grunde liegenden Rechtsgedanken, ihren sittlichen und religiösen Grundlagen zu entwickeln und gleichsam wie logische Schlüsse aus ihren Forderungen zu ziehen. Das interessante Buch, welches durch die erschöpfende und einheitliche Darstellung des Stoffes, durch die Erwähnung und Würdigung der in Theorie und Praxis den Gesetzen zu Theil gewordenen Auslegung, sowie durch die Berücksichtigung und Kritik des Entwurfs für ein bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich gleichzeitig einen vom Verfasser viel zu gering angelegenen wissenschaftlichen Werth hat, kann den Juristen, namentlich aber dem Laienpublikum nicht warm genug empfohlen werden. Jedermann wird sich über alle die ehelichen Verhältnisse betreffenden Fragen, mögen sie die Personen oder das Vermögen der Ehegatten zum Gegenstande haben, über alle Fragen des ehelichen Erbrechts, der Eheverbindung, des Ehescheidungsprozesses mit Leichtfertigkeit Belehrung, und zwar gründliche und überzeugende verschaffen.

wiederholte sich. Der Wagen hielt zum zweiten Male, aber auf die wieder an den kleinen Führer gerichtete Frage, was geschehen sei, erfolgte keine Antwort. Auf die hiernach vorgenommene Untersuchung des S. fand er den Verstorbenen bereits als Leiche hinter dem Wagen liegen. Die gerichtliche Obduktion der Leiche wird ergeben, woran der Knabe seinen Tod gefunden hat. Kommissarius Lipp aus Birnbaum ist behufs Aufnahme des Sachverhalts bereits an Ort und Stelle gewesen.

Vom Wochenmarkt.

s. Posen, 12. September.
Der Ztr. Roggen 7,75-8 M., Weizen 8,75 bis 9,50 M., Gerste 7-7,50 M., Hafer 7 M. Erbsen 7,50 M. Blaue Lupinen 4,10 M. Das Schock Stroh 18 M. Einzelne Bunde 35-40 Pf. Auf dem Neuen Markte standen 46 Wagen mit Obst. Die Tonne kleine Feldbirnen 0,90-1,10 M., andere Birnen 1,50-2,75 M. Die Tonne Pflaumen 3 M. Die Tonne Äpfel 1,20 bis 2 M. Der Alte Markt war mit Kartoffeln gut besetzt, der Ztr. 1,75 bis 1,80 M. Die Mandel Weißtraut 75 Pf., die Mandel blaues 1,50 M. Geflügel reichlich angeboten. 1 Ganz 3,75-5,50 M. Ein Paar Enten 2,50-3,75 M. Ein Paar Hühner 1,50-3,50 M. Rebhühner, das Paar 1,50-2 M. Die Mandel Eier 70-75 Pf. Butter, knapp, das Pfund 1,00 bis 1,20 M. Die Meße Kartoffeln 8 bis 9 Pf. Die Mandel Gurken 20-35 Pf. Alle übrigen Knollengewächse pro Bund 5 Pf. 2 Köpfe Weißtraut 9-12 Pf. Ein Kopf Blumenkohl 15-40 Pf. Auf dem Viehmarkte standen gegen 80 Stück Fettchweine zum Verkauf. Preise niedriger; der Ztr. Lebend-Gewicht 45 bis 50 M. Ferkel knapp, das Paar, je nach Alter, 36-60 M. Hammel wenig, das Pfund lebend bis 30 Pf. Kälber, einige Stück, pro Pfund lebend 38 bis 40 Pf. Rinder, standen im Ganzen 33 Stück zum Verkauf, meistens Milchkühe und einiges Schlachtwiehe, pro Ztr. lebend 27-33 M. Außerordentlich gut besetzt war der Markt auf dem Sapiehaplaze. Eine Ganz 3,75-6,50 M. Ein Paar Enten 3,75 bis 4 M. Ein Paar Hühner 1,50-3,75 M. Rebhühner, das Paar bis 2 M. Ein Paar junge Tauben 70-80 Pf. Die Mandel Eier 70-75 Pf. Das Pfund Butter 1,00 bis 1,20 M. Das Pfund Pflaumen 15 bis 30 Pf. Birnen bis 20 Pf. Äpfel 15 bis 20 Pf. Weintrauben bis 50 Pf. Eine Pfirsiche 10-12 Pf. Ein Pfund Melonen 15-20 Pf. Preiselbeeren 25-30 Pf. Der Fischmarkt war gut besetzt. Das Pfund Hechte 90 bis 95 Pf., Zander 1 M., das Pfund kleine Zander 60-65 Pf., Barsche 60 Pf., Schleie 80-85 Pf., Bleie 35-45 Pf. Krebse, die Mandel 40-80 Pf.

Marktberichte.

**** Berlin, 11. Sept. Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markt-Hallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Unbedeutende Zufuhr, Geschäft still, Preise unverändert. Wild und Geflügel. Hochwild und Rehe knapp, Preise enorm hoch. Wild-Geflügel reichlicher zugeführt, Preise nachgebend. Zahmes Geflügel unverändert. Fische. Zufuhr ungenügend, sehr knapp zeigten sich Mittelhechte, Geschäft lebhaft. Preise hoch. Butter und Käse. Unverändert. Gemüse und Obst. Geschäft und Preise unverändert.

Fleisch. Rindfleisch Ia 62-65, Ha 56-60, IIIa 50-55, Kalb-Ia 58-65, Ha 45-57, Hammelfleisch Ia 60-68, Ha 50-59, Schweinefleisch 60-65, Wafonier do. 56-57 M., russisches do. — M., bantische — M. per 50 Kilo.

Geräucherter und gesalzener Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 100-120 Mark, do. ohne Knochen 110-120 Mark, Lachs-schinken 150-170 M., Speck, ger. 75 M., harte Schmalzwurst 110-140 M. per 50 Kilo.

Wild. Rothwild 0,30-0,40, leichtes Rothwild 0,40-0,50, Damwild — 0,52, Rehwild Ia. do. 1,00-1,20, Ha. do. — 0,80, Wildschweine M. 0,50 per 1/2 Kilo, Kaninchen per Stück 40-50 Pf. Hasen 4-6,00 M.

Wildgeflügel. Wildenten per Stück 1,50, Kridenten 0,65, Waldschneppen 60, Rebhühner, alte 0,75-0,90 M., junge 0,90 bis 1,20 M., Wachteln 0,25-0,40 M., Krammetsvögel 0,35-0,40 M. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse — M., Enten 0,90-1,50 Mark, Puten — M., Hühner, alte 0,90-1,40 M., do. junge 0,40-0,90 M., Tauben 0,35-0,45 M., Zuchthühner 0,75 bis 1,50 M., Perlhühner 2-2,50 M. per Stück.

Schalttiere, lebende Hummern 50 Kilo — M., Krebse große, 12 Ctm. u. mehr pr. Schock 4,10-6 M., do. mittelgroße — Mark, do. kleine 10 Ctm. 1,30-1,40 M., do. galizische, unfortirt — M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 114-117 M., Ha. 107 bis 110 M., Holsteiner u. Mecklenburger Ia. 112-116, do. Ha. 105-108 M., schlesische, pommerische und posensche Ia. 112-116 M., do. Ha. 105-107 M., geringere Hofbutter 90-95 M., Landbutter 78 bis 83 M., Polnische 70-80 M., Galizische — M. — Eier. Hochprima Eier, mit Rahm, 3,40 M., Prima do. do. 3,30 M., Durchschnittsware do. 3,20 M., Kasseier — M. per Schock.

Gemüse. Kartoffeln, hiesige, neue, weiße per 50 Ztr. 1,75 bis 2,25 M., do. Rosen per 50 Liter 1,25-1,50 M., Zwiebeln per 50 Kilogr. Magdeb. 3,50-4,00 M., do. egypt. — M., Mohrrüben lange p. 50 Lit. 1,50, do. junge p. Bund 0,05-0,10 M., gr. Bohnen per 50 Liter 3,00-4,00 M., Gurken Schlang. groß per Stück 10-20 Pf., Blumenkohl, Erfurter per 100 Kopf — 25 Mark, Kohlrabi, junge per Schock 0,75-1,00 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf 1-2 M., Champignon per 1/2 Kilogr. 0,50-0,70 M., Spinat per 50 Ztr. 0,60-1,00 M., Schoten, pr. 50 Liter 6,00 bis 8,00 M., Pfefferlinge, per 50 Liter 2,00-2,50 Mark.

Früchte. Tafeläpfel, per 50 Liter — M., Kochäpfel — M., Weinbirnen, böhmische, p. 50 Ztr. 6-7 M., Erbsen p. Tiene — M., Korbirnen — M., Tafelbirnen div. per 50 Ztr. — M., Blaubeeren, per 50 Liter — M., Preiselbeeren per 50 Liter 8,00-10,00 M. — Zitronen, Messina (300) 23-30 M.

Breslau, 11. Sept. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen per 1000 Kilogramm — Gef. —, Cr., abgelaufene Kündigungscheine. — Per Septbr. 172,00 Gd., Septbr.-Oktober 170,00 Gd., Oktober-November 168,00 Gd., November-Dezember 166,00 Br., Dezember-Januar 166,00 Br., April-Mai 161,00 Br. — Hafer per 1000 Kilogramm —. Per September 130,00 Br., September-Oktober 126,00 Gd., November-Dezember 125,00 Gd. — Rüböl (per 100 Kilogramm) —. Per September 66,00 Br., September-Oktober 65,00 Br. — Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 und 70 Mark Verbrauchsabgabe. Per September (50er) 60,40 Br., (70er) 40,40 Br., September-Oktober —, —. Zink (per 50 Kilogramm) fest ohne Umjag.

Die Börsenkommission.
Stettin, 11. Sept. (An der Börse.) Wetter: Bewölkt. Temperatur + 14 Gr. Neaum., Barometer 28" 2". Wind: NW.
Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco 180-190 Mark bez., feinstes trockenes 195 Mark Gd., per September 188 Mark Gd., per September-Oktober 185,5-185 M. bez., per Oktober-November 184,5 M. bez., per November-Dezember 183,5 M. bez., per April-Mai 188,5 M. Br., und Gd. — Roggen etwas fester, per 1000 Kilo loco 155-165 Mark bez., geringer — M. bez., feinstes — M. bez., per September 166 Mark Gd., per September-Oktober 164,5-165 Mark bez., per Oktober-November 163,5 M. Br., 163 M. Gd., per November-Dezember 162 M. bez., per April-Mai 159 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loco 135 bis

160 M., feinstes über Rottiz bez. — Hafer, per 1000 Kilo loco 125-134 M. bez. — Winterweizen per 1000 Kilo loco und successe Lieferung 225-235 M. bez. — Winterroggen per 1000 Kilo loco und successe Lieferung 235-245 Mark bezahlst. — Rüböl ruhig, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 64,5 M. Br., per September 63,5 M. Br., per September-Oktober 62,25 M. Br., per April-Mai 58 M. Br. — Spiritus behauptet, per 10000 Liter-Prozent loco ohne Faß 70er 41 Mark bez., 50er 60,8 M. nom., per September 70er 40 M. nom., per September-Oktober 70er 39,5 M. nom., per Oktober-November 70er — M., per November-Dezember 70er 36,2 M. nom., per April-Mai 70er 37 M. Br. — Angemeldet: — Zentner Roggen. — Regulierungspreise: Weizen 188 M., Roggen 1656 M., Spiritus 70er 40 M. (Offize-Bez.)

Zuckerbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	10. September.	11. September.
fein Brodrainade	—	—
fein Brodrainade	—	—
Gem. Raffinade	—	—
Gem. Melis I.	—	—
Kristallzucker I.	—	—
Kristallzucker II.	—	—
Melasse Ia.	—	—
Melasse IIa.	—	—
Tendenz am 11. September, Vormittags 11 Uhr: Keine Verkäufe aus erster Hand, da die Raffinerien zumeist ausverkauft haben.		
B. Ohne Verbrauchssteuer.		
	10. September.	11. September.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzud. Rend. 92 Proz.	—	—
do. Rend. 88 Proz.	—	—
Nachpr. Rend. 75 Proz.	14,00-15,50 M.	14,00-15,50 M.
Tendenz am 11. September, Vormittags 11 Uhr: Unverändert.		

Schiffsverkehr auf dem Bromberger Kanal

vom 10. bis 11. September, Mittags 12 Uhr.

August Günther IV. 709, Küsterbohlen, Bromberg-Berlin.
Robert Kray V. 815, leer, Potsdam-Bromberg. Wilhelm Tied I. 20754, tieferne Bretter, Bromberg-Berlin. Wilhelm Tied I. 21353, tieferne Bretter, Bromberg-Berlin.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 12. Sept. Das von der Provinz gestern dem Kaiser und der Kaiserin gegebene Fest verlief auf das Glanzendste. Das Kaiserpaar wurde am Eingange der Festhalle von dem Herzog und der Herzogin von Ratibor und dem hohen schlesischen Adel empfangen. Der Kaiser unterhielt sich längere Zeit mit Fürstbischof Kopp. Heute finden im Schlosse Gefangenvorträge von Fischers Konservatorium statt. Um 9 1/2 Uhr erfolgt die Fahrt zur Parade.

Kiel, 12. Sept. Oberpräsident v. Steinmann veröffentlicht einen Erlaß des Kaisers, in dem derselbe seine und der Kaiserin Befriedigung und Anerkennung für die Kundgebungen während ihres Aufenthalts in Schleswig-Holstein ausdrückt.

Nowo, 12. Sept. Der Namenstag des Kaisers wurde durch einen Gottesdienst in der Kapelle des von der kaiserlichen Familie bewohnten Hauses festlich begangen. Das Kaiserpaar empfing Deputationen des wolhynischen Adels und der Bauernschaft. Die Stadt ist festlich geschmückt. Abends fand Illumination und Feuerwerk statt.

Liegnitz, 12. Sept. Die auswärtig verbreitete Nachricht über den Typhus in Liegnitz ist völlig aus der Luft gegriffen.

Strasburg, 12. Sept. Die „Strasburger Corresp.“ meldet, daß durch Verfügung des Unterstaatssekretärs Schraut die Einfuhr italienischer Schweine in das Schlachthaus zu Mülhausen bis auf Weiteres gestattet sei.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 11. Septbr. Mittags 1,32 Meter.

„ „ 12. „ Morgens 1,34 „

„ „ 12. „ Mittags 1,34 „

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 11. September Abends: 15,8 Normalkerzen.

Börse zu Posen.

Posen, 12. September. (Amtlicher Börsenbericht.)
Spiritus. Gefündigt —. I. Regulierungspreis (50er) 60,30 (70er) 40,50. (Loko ohne Faß) (50er) 60,30, (70er) 40,50, Septbr. (50er) —, (70er) 40,50.

Posen, 12. Septbr. (Privat-Bericht.) Wetter: kühl.
Spiritus behaupt. Loko ohne Faß (50er) 60,30, (70er) 40,50, September (50er) —, (70er) 40,50, Oktober (50er) —, (70er) 40,50.

Amtlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen vom 12. September 1890.

Gegenstand.	gute W.	mittel W.	gering. W.	Mitte.
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Weizen	höchster	—	18 50	18
	niedrigster	—	18 30	17 80
Roggen	höchster	16 40	16	15 50
	niedrigster	16 20	15 80	15 20
Gerste	höchster	15 20	14 70	13 70
	niedrigster	15	14 30	13 40
Hafer	höchster	14	13 10	12 60
	niedrigster	13 60	12 90	12 20

Andere Artikel.

	höchst.	niedr.	Mitte.	höchst.	niedr.	Mitte.
	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.	M. Pf.
Stroh	4	3 75	3 88	Bauchfl.	1 30	1 20
Nicht-	—	—	—	Schweine-	1 60	1 40
Kramm-	—	—	—	fleisch	1 40	1 20
Seu	4	3 75	3 88	Kalb-fleisch	1 40	1 20
Erbsen	—	—	—	Hammelf.	1 40	1 20
Linsen	—	—	—	Speck	2	1 80
Bohnen	—	—	—	Butter	2 40	1 80
Kartoffeln	4	3	3 50	Rind-Kieren-	1 20	1
Rindfl. v. d.	—	—	—	talg	1 20	1
Reule v. 1 kg	1 40	1 20	1 30	Eierpr. Schd.	3	2 90

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 12. September.

feine W. mittl. W. ord. W.

Pro 100 Kilogramm.

Weizen	19 M. 20 Pf. 18 M. 60 Pf. 18 M. — Pf.
Roggen	16 = 40 = 16 = — = 15 = 60 =
Gerste	15 = 50 = 15 = — = 14 = — =
Hafer	13 = — = 12 = 50 = — = — =
Kartoffeln	3 = 80 = 3 = 40 = — = — =

Die Marktkommission.

Börsen-Telegramme.

Berlin, 12. Sept. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)

Weizen höher	Not. v. II.	Spiritus flauer	Not. v. II.
do. Septbr.-Oktbr.	190 25	70er loco o. Faß	42 20
do. April-Mai	192 50	70er September	41 20
Roggen höher		70er Septbr.-Oktbr.	41 10
do. Septbr.-Oktbr.	173 25	70er Oktbr.-Novbr.	38 40
do. April-Mai	163 25	50er loco o. Faß	—
Rüböl ermattend			
do. Septbr.-Oktbr.	64 80	Hafer	
do. April-Mai	59 30	do. Septbr.-Oktbr.	140 —
Kündigung in Roggen	200 Bipl.		
Kündigung in Spiritus	(70er) 80,000 Btl., (50er) —, 000 Liter.		
Berlin, 12. Septbr. Schlus-Course.			
Weizen pr. Septbr.-Oktbr.	190 50	188 25	
do. April-Mai	192 75	190 75	
Roggen pr. Septbr.-Oktbr.	173 50	171 75	
do. April-Mai	163 50	161 25	
Spiritus. (Nach amtlichen Notierungen.)			
do. 70er loco	42 20	42 80	
do. 70er September	41 40	41 90	
do. 70er Septbr.-Oktbr.	41 30	41 60	
do. 70er Oktbr.-Novbr.	38 60	38 20	
do. 70er Novbr.-Dezbr.	37 60	37 20	
do. 50er loco	—	—	

Konfolidirte 48 Anl.	106 60	106 70	Poln. 58 Pfandbr.	75 40	75 —
34	99 80	99 90	Poln. Liquid. Pfdb. 71	80	71 40
Bof. 4%, Pfandbrf.	101 90	101 80	Ungar. 48 Goldrente	91 20	91 20
Bof. 3 1/2 Pfandbr.	98 —	98 —	Ungar. 58 Papierr.	89 40	89 60
Bof. Rentenbriefe	103 20	103 25	Deftr. Kred.-Akt.	175 40	175 75
Deftr. Banknoten	181 —	180 80	Deftr. fr. Staatsb.	114 50	114 40
Deftr. Silberrente	80 —	80 10	Lombarden	68 40	68 25
Russ. Banknoten	260 75	258 90	Fondsstimmung		
Russ. 4 1/2 Bdr. Pfdb. 102	75	102 75	fest		

Ostpr. Südb. E. S.	1103 90	103 40	Knowrazl. Steinsalz	49 —	50 —
Matz. Sudw. Pfdb. 121	75	121 50	Ultimo:		
Marlenb. Maw. do	71 10	70 75	Dur.-Bodenb. Eisb. 244	75	244 75
Italienische Rente	95 40	95 60	Elbthalbahn	106 50	107 25
Russ. 4 1/2 konf. Anl. 1880	97 75	97 75	Galizier	92 50	93 25
do. 3 1/2 konf. Anl.	82 30	81 40	Schweizer Ctr.	169 30	170 75
do. 3 1/2 konf. Anl. 1866	175 25	175 25	Berl. Handelsgesell.	172 25	172 —
Rum. 6 1/2 Anl. 1880	102 50	102 75	Deutsche B. Akt.	169 25	168 75
Türk. 1 1/2 konf. Anl.	19 10	19 10	Disconto-Kommand.	230 25	229 25
Bof. Spritfabr. B. A.	—	—	Königs- u. Laurah.	157 75	157 25
Gruson Werke	168 —	163 50	Bochumer Gußstahl	172 60	171 50
Schwarzlopf	275 —	273 —	Russ. B. f. ausw. S.	84 25	84 —
Dortm. St. Br. B. A.	97 60	95 60			
Nachbörse: Staatsbahn	114 40	Kredit	174 75	Disconto-	
Kommandit	229 75				

Stettin, 12. Sept. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)

Weizen höher	Not. v. II.	Spiritus fest	Not. v. II.
September-Oktbr.	187 —	per loco 50 M. Abg.	61 —
Oktob.-Novemb.	186 —	70	41 20
April-Mai	189 —	„ Sept.-Oktbr. „	39 50
Roggen fest		„ Nov.-Dezbr. „	36 30
September-Oktbr.	166 50	„ April-Mai „	37 30
Oktob.-Novemb.	164 —	Petroleum*)	
April-Mai	159 —	do. per loco	11 60
Rüböl still			
September-Oktbr.	—		
April-Mai	58 50		

*) Petroleum loco versteuert Usance 1 1/2 pCt.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 11. September, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Mullaghmor.	762	?	5 bedeckt	14
Aberdeen.	761	WNW	4 bedeckt	12
Christiansund	752	WNW	7 Regen	9
Kopenhagen	757	W	2 bedeckt	12
Stockholm.	750	WSW	4 wolkenlos	11
Haparanda	749	WS	2 Regen	10
Petersburg	750	WS	1 bedeckt	13
Moskau.	752	S	2 bedeckt	11
Cort-Queenst.	769	WS	3 wolfig	15
Cherbourg	767	W	2 Dunst	17
Gelder.	764	W	2 halb bedeckt	15
Sylt.	759	W	3 wolfig	14
Hamburg.	761	WNW	3 wolfig	13
Swinemünde	759	WS	3 bedeckt	13
Neufahrwass.	756	still	Regen	14
Memel.	754	W	6 bedeckt	14
Paris.	767	WS	1 heiter	11
Münster.	764	WNW	1 wolfig	13
Karlsruhe.	766	SW	3 bedeckt	15
Wiesbaden.	765	still	1 wolfig	14
München.	767	SW	5 heiter	12
Chemnitz.	763	WSW	2 Regen	13
Berlin.	760	WNW	3 wolfig	14
Wien.	765	W	2 halb bedeckt	15
Breslau.	762	SW	3 bedeckt	13
Ne. d. Alg.	768	SW	2 wolkenlos	17
Alger.	769	D	2 wolkenlos	16
Triest.	768	still	1 heiter	19

*) Früh fernes Gewitter.

Uebersicht der Witterung.